

Chronologie

1. Die GRÜNEN hatten im Mai/Juni Kenntnis über Mehraufwendungen in den Bereichen der Jugend- und Sozialhilfe. Entsprechende Nachfragen sowohl in Koalitionsrunden als auch bei der Kämmererei, ob die bekannten Mehraufwendungen zu einer Vergrößerung des Haushaltsdefizits führen, wurden mit Hinweis auf Mehreinnahmen beispielsweise im Bereich der Schlüsselzuweisungen verneint.
2. Am 07.09.2009 wurde als eine erste Konsequenz nach der Kommunalwahl und dem Bekanntwerden des Haushaltslochs zwischen SPD und GRÜNEN vereinbart, die Zusammenarbeit mit der Kämmerin Frau Dr. Uthemann aufzukündigen.

Darüber hinaus wurde vereinbart, bis zur Konstituierung des neuen Rates keine personalpolitisch relevanten Weichenstellungen in der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften vorzunehmen.

Am 08.09.2009 wurde eine entsprechende gemeinsame Erklärung den Medien zur Kenntnis gegeben. (**s. Anlage 1**).

3. Bereits einige Tage später waren die SPD-Verantwortlichen nicht mehr bereit, diese Vereinbarung einzuhalten und die Bestellung des neuen Geschäftsführers der DEW21 zu verschieben. Dieser Wortbruch war insofern bedeutsam, als gerade mit Blick auf die mögliche Rekommunalisierung der DEW 21 die Wahl eines adäquaten Geschäftsführers im Einvernehmen von zukünftigen Koalitionspartnern erfolgen sollte.
4. Am 08.10.2009 stellte sich Ullrich Sierau auf einer GRÜNEN Mitgliederversammlung den Fragen der GRÜNEN Mitglieder. Er erläuterte seine Fehleinschätzung der Haushaltssituation und stellte sein Rollenverständnis im Verwaltungsvorstand dar. Das wurde von den GRÜNEN positiv honoriert.

Darüber hinaus stellte die Mitgliederversammlung fest:

„Die GRÜNE Mitgliederversammlung spricht sich für eine zügige Fortsetzung der Gespräche mit der SPD aus, um die anstehenden Probleme gemeinsam zu lösen. Die GRÜNEN stehen zu ihrer politischen Verantwortung und haben den Anspruch, gerade angesichts der schwierigen Haushaltsslage die Zukunft der Stadt mitzugestalten.“

5. Trotz der Vereinbarung mit der SPD, sehr zügig über die Haushaltslage zu sprechen, um die gemeinsamen Spielräume auszuloten, wurden entsprechende Terminvereinbarungen von Seiten der SPD verschleppt.
Und trotz einer zwischenzeitlich getroffenen Vereinbarung, ein gemeinsames Rechtsgutachten einzuholen, um die Notwendigkeit einer Wahlwiederholung prüfen zu lassen, forderte Ernst Prüsse mehrfach öffentlich von den GRÜNEN, unabhängig vom Ergebnis dieses Gutachtens von einer Wahlwiederholung Abstand zu nehmen. Von dieser Forderung hat sich selbst der Hauptbetroffene Ullrich Sierau distanziert. Wir GRÜNE hatten mehrfach deutlich gemacht, dass wir unsere Bewertung einer Wahlwiederholung auf der Grundlage des genannten Gutachtens vornehmen werden.
6. Am 09.10.2009 wurde mit Ernst Prüsse über den weiteren Verlauf der Koalitionsverhandlungen gesprochen. Als Ergebnis wurde ein weiterer Gesprächstermin (23.10. oder 24.10.2009) mit der Zielsetzung vereinbart, die Koalitionsverhandlungen zu beschleunigen. Trotz mehrmaliger Nachfragen wurde dieser Termin nicht bestätigt.
7. Am 14.10.2009 stellte Ernst Prüsse in einem offensichtlich länger vorher verabredeten Exklusivinterview ohne erkennbaren Grund die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN infrage. Er erklärte, dass vor einer Aufnahme weiterer Koalitionsgespräche klar sein müsse, dass die GRÜNEN den Einwänden gegen die Kommunalwahl im Wahlprüfungsausschuss nicht zustimmen werden. Darüber hinaus teilte er mit, dass bereits ein Gesprächstermin mit der CDU vereinbart sei. Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN vom 08.10.2009 mit Herrn Sierau bezeichnete Ernst Prüsse in seinem Interview als „Showveranstaltung“. „Sonnenschein-Politik sei mit ihm nicht machbar“, so Ernst Prüsse. Seiner Auffassung nach solle die SPD keine feste Zusammenarbeit mit einem Koalitionspartner eingehen.
8. Um die angesichts der Haushaltslage drängenden Probleme der Stadt zu lösen, wurde seitens der GRÜNEN dennoch versucht, die Differenzen mit der SPD auszuräumen und nunmehr schnellstmöglich zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Bei einem nächsten Gespräch am 28.10.09 wurde bekräftigt, die Koalitionsverhandlungen ohne Vorbedingung wieder aufzunehmen. Bis zum endgültigen Abschluss der Koalitionsverhandlungen sollte die Ratsarbeit ohne wechselnde Mehrheiten weitergeführt und keine Verhandlungen mit anderen Fraktionen geführt werden. Außerdem wurde der Austausch der vorliegenden inhaltlichen Papiere und die Erstellung eines Zeitplans verabredet (**s. gemeinsame Presse vom 29.10.2009, Anlage 2**)

Während des Treffens wurde auch über die Besetzung der Aufsichtsräte Seniorenheime und Flughafen gesprochen. Die GRÜNEN schlugen vor, den Aufsichtsrat Flughafen erst dann umzubilden, wenn die Grenze von 500 Beschäftigten überschritten sei, während bei der Umbildung des Aufsichtsrats Seniorenheime Einigkeit bestand. Daraufhin bot Ernst Prüsse an, den AR Flughafen in seiner ursprünglichen Zusammensetzung zu belassen. Ein entsprechender Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage sollte von SPD und GRÜNEN eingebracht werden.

9. Am 09.11.2009 wurde in der GRÜNEN Fraktionssitzung noch einmal die Gesprächsergebnisse vom 28.10.2009 diskutiert. Am Abend desselben Tages teilte die SPD der Presse mit, dass sie hinsichtlich des Aufsichtsrates Flughafen der Verwaltungsvorlage folgen wolle. Eine vorherige Unterrichtung geschweige denn eine Verständigung mit den GRÜNEN fand nicht statt. Damit kündigte die SPD die ursprünglichen Vereinbarungen zum Aufsichtsrat Flughafen einseitig auf.
10. Am Dienstag, den 10.11.09, fand das vereinbarte Gespräch zum Haushalt statt. Um die inhaltliche Arbeit voranzubringen, hatten ausschließlich Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Übersicht der inhaltlichen Positionen der beiden Parteien erstellt. Strittig war die weitere Terminplanung für gemeinsame inhaltliche Gespräche. Während die GRÜNEN darauf drängten, angesichts der Haushaltsituation rasch handlungsfähig zu werden und endlich inhaltliche Positionen zu besprechen, teilte die SPD mit, dass erst Mitte Dezember das erste mögliche Koalitionsgespräch über inhaltliche Fragestellungen möglich sei. (**s. Anlage 3, Terminvorschlag**). Der SPD-Parteivorsitzende Drabig schlug schließlich kurzfristig gemeinsame Termine in der 27. Kalenderwoche vor.
11. Am 10.11.2009 wurde eine Vorlage für die am 12.11.2009 terminierte Ratssitzung erstmalig bekannt. Gegenstand der Vorlage war die Ausschreibung der Dezernate 2 und 6. Eine vorherige Abstimmung über die zukünftige Dezernatsstruktur als Aufgabenprofil für die vakanten Dezernatsstellen wurde nicht vorgenommen.
12. Am 11.11.2009 gab es seitens der SPD-Fraktion das Angebot, die Funktion des/der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates Stadtparkasse mit dem GRÜNEN Mitglied im Verwaltungsrat zu besetzen. Der Vorschlag ist ausdrücklich nicht von GRÜNEN eingebracht worden. Da diese Funktion jedoch auch in der letzten Wahlperiode von uns besetzt war, haben wir dem Verfahrensvorschlag zugestimmt, wobei diese Position von geringer Bedeutung ist.

13. Während der Ratssitzung wurde, für die GRÜNEN überraschend, seitens der CDU Herr Reppin als Gegenkandidat für diese Position vorgeschlagen. Andreas Paust, SPD-Fraktionsgeschäftsführer, empfahl uns in der Ratssitzung, an dem eingebrachten Vorschlag festzuhalten. Der Empfehlung von Ullrich Sierau, eine offene Abstimmung über die Position des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates Stadtparkasse durchzuführen, widersprach Ernst Prüsse mit der Forderung nach einer geheimen Abstimmung.

Wie bekannt ist, wurde dann die Ratssitzung auf Wunsch von Ernst Prüsse für eine 10-minütige Fraktionssitzung unterbrochen. Das Abstimmungsergebnis der geheimen Wahl von 19:69 Stimmen macht deutlich, dass der CDU-Kandidat eine große Zustimmung aus der SPD-Fraktion erhalten hatte. Bestenfalls fünf SPD-Fraktionsmitglieder haben für den GRÜNEN Kandidaten gestimmt. Fachliche Gründe konnten wohl kaum ein Grund für die Nicht-Wahl des gemeinsamen Kandidaten sein, der zudem von der SPD-Fraktion vorgeschlagen worden war.

Dortmund, 16.11.2009